

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Angelagerungspreis: die 3spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1spaltige Raumzeile im regelmäßigen Text 100 Goldpfennig. Nachverlagsgebühr 20 Goldpfennig. Verlagspreis: die 3spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1spaltige Raumzeile im regelmäßigen Text 100 Goldpfennig. Nachverlagsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.
Nr. 124. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend den 30. Mai 1925

Der spanische Vertrag.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns in der Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages und zu der dadurch vermiedenen Regierungskrise geschrieben:

Das Kabinett Luther hat in den letzten Tagen vor einer überaus ernsthaften Krise gestanden, und spät in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hat es sich durch die entscheidenden Abstimmungen herausgestellt, daß die Krise jetzt als überwunden betrachtet werden kann. Sie kam nicht ganz plötzlich, diese Krise. Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertragesentwurfes im Handelsvertragsausschuß des Reichstages war das erste Zeichen des heraufziehenden Gewitters und die Wogen am politischen Himmel schienen so dick und schwarz zu sein, daß jeden Augenblick der das Kabinett Luther und damit die gegenwärtige Regierungskoalition zersplitternde Blitzstrahl herabzukommen drohte.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag hatte ja ebenso seine Vorzüge wie seine Schattenseiten. Er hatte aber nicht nur wirtschaftliche Vor- bzw. Nachteile, er hatte diese beiden auch auf dem politischen Gebiete. Die Industrie war mit dem Abkommen zufrieden, dagegen führten die Winger einen starken Kampf gegen den Vertrag, weil die spanische Weineinfuhr bis zu 50 000 Fuder zu einem derartig billigen Zoll gesenkt werden sollte, daß den an und für sich schon sehr stark nachlassenden deutschen Weinern schwerliche Konkurrenz erwachsen würde. Politisch war es natürlich zu begrüßen, daß wir gerade mit Spanien zu einem Handelsvertragsabkommen kamen, wenn auch nur zu einem vorläufigen, weil Spanien uns während des Weltkrieges die allergrößten Dienste erwiesen hatte durch seine wirklich wohlwollende Neutralität. Andererseits aber werden Italien und Frankreich nun in ihren Vertragsverhandlungen mit Deutschland dieselbe Bevorzugung verlangen, die wir Spanien gegeben haben. Das Fahrwasser für das Kabinett Luther war also außerordentlich schlippenreich und der Abbruch des Fähr oder Gegen den Vertrag ging durch alle Fraktionen des Reichstages. Das Kabinett hatte aber die Annahme des Vertrages zu einer Vertrauenssache gemacht, d. h. also nichts anderes, als daß es entschlossen war, zurückzutreten, wenn der Vertrag im Reichstag nicht angenommen werden würde.

Das Spiel, das in der entscheidenden Sitzung vor sich ging, war nicht ganz ohne Amüsement: der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde abgelehnt, so daß also nun von keinem Abgeordneten genau gesagt werden kann, ob er für oder gegen das Abkommen gestimmt hat. Das hat nun wieder den Vorzug, daß keine Partei aus der Abstimmung parteipolitisch irgendwie Kapital schlagen kann, da es ja in allen Parteien Freunde und Gegner des Vertrages gegeben hat.

Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide, als man an die Beratung heranging, sie wurde aber schon nach der Seite der Annahme hin beeinflusst vor allem durch eine Erklärung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, daß die Reichsregierung nach Annahme des Vertrages sofort in neue Verhandlungen mit Spanien eintreten wolle, um bei dem endgültigen Handelsvertrag möglichst zu einer Ausmerzung der Nachteile für die geschädigten deutschen Wirtschaftskreise zu kommen. Und daß man ferner sofort eine Kreditaktion für die Winger und weitere Hilfsmaßnahmen besonders für diese Kreise veranlassen werde, und zwar in einem Sinne, wie es die gemeinsame Erklärung der hinter der Regierung stehenden Parteien gefordert hat.

Parlamentarisch war die Situation aber auch deswegen verzwickter, weil man nicht genau wußte, wie die Sozialdemokratie sich verhalten würde. Mit einer Ablehnung des Vertrages wäre ja auch die Regierungskrise beseitigt. Freilich hätte ein solches Vorgehen von sozialdemokratischer Seite im ärgsten Widerspruch zu allen Erklärungen gestanden, die von der Sozialdemokratie über die Haltung mancher Regierungsparteien in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages abgegeben worden sind; geradezu als ein politisches Verbrechen schwerster Art hätte man auf dieser Seite den Kampf gegen den Vertrag und seine Ablehnung im Handelsvertragsausschuß bezeichnet. Trotzdem mußte es reizen, eine Regierungskrise herbeizuführen. Mit größter Spannung sah man darum der Abstimmung nach der zweiten Lesung entgegen, die die Entscheidung bringen sollte. Wären die Sozialdemokraten hierbei auf die Seite der Ablehnenden getreten, so war bei den Regierungsparteien bei der dritten Lesung — die einstimmige Annahme wohl so gut wie verabredet. Dort wollte man keine Krise, am wenigsten in einer verhältnismäßig so untergeordneten Frage, weil der ganze deutsch-spanische Außenhandel nur 7% unseres Gesamthandels beträgt. — So stimmten für die Genehmigung des Vertrages 170 Abgeordnete (der größte Teil der Deutschen Nationalen, der Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten); dagegen stimmten 96 Abgeordnete (Wölkische, Kommunisten und die von den übrigen Parteien Abgesplitterten), der Stimme enthielten sich 98 (Sozialdemokraten). Der Vertrag war also angenommen.

Die Krise ist damit vermieden worden. Aber die Verhandlungen im Reichstag und schließlich die Vorgänge in der entscheidenden Sitzung haben schon ein Schlaglicht

Englisch-französische Einigung

Zu den zwischen England und Frankreich verhandelten Fragen über Sicherheitspakt, Entwaffnungsfrage und Räumung Kölns verbreitet das Londoner Neutourbureau, wohl im Auftrag der englischen Regierung, eine Erklärung, die, noch ziemlich dunkel gehalten, von einer Einigung zwischen England und Frankreich spricht.

In der Erklärung heißt es, daß kein Grund für die Annahme bestehe, daß hinsichtlich des Sicherheitspaktes oder der Entwaffnungsfrage neue Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich entstanden sind. Das Kabinett hat nunmehr die französische Antwort auf seine Fragen erhalten, und diese müsse geprüft werden, um Frankreich den genauen britischen Standpunkt darzulegen und es geneigt zu machen, ihm zuzustimmen. Im gegenwärtigen Stadium kommt eine formelle Konferenz kaum in Frage. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, so haben sich England und Frankreich praktisch auf den Plan geeinigt, der Deutschland überreicht werden soll. Über das Mantel-schreiben besteht, obwohl es noch nicht fertiggestellt ist, allgemeine Übereinstimmung. Im allgemeinen ist man dahin übereingekommen, daß Deutschland seine Verpflichtungen auf Grund des Dawes-Planes ausgeführt hat, aber es ist noch die formelle Versicherung von Seiten der Reparationskommission erforderlich, obgleich nicht viel Zweifel darüber besteht, wie die Antwort lauten wird. Wenn Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen und auch die Entwaffnung ausgeführt hat, wird Köln geräumt werden.

Wie es heißt, soll nunmehr unmittelbar nach Pfingsten die Note der Botschafterkonferenz wegen der Räumungsfrage überreicht werden. Zeit wäre es!

Die Reichsregierung reicht beim Völkerbundsekretariat Verträge und Abkommen ein.

Berlin, 29. Mai. Die Reichsregierung hat zum Zwecke der Eintragung und Veröffentlichung durch das Völkerbundsekretariat eine Reihe von Verträgen und Abkommen eingereicht. 1. den Vertrag von Döppeln vom 15. Mai 1922, der die Uebergabe des deutschen Staatseigentums sowie die Verwaltung von Pommern-Oberschlesien regelt; 2. den Vertrag von Dresden vom 18. Dezember 1922 über die Abrechnung der während des Krie-

gen ausgegebenen Banknoten; 3. den Vertrag von Dresden vom 21. Dezember 1922, der eine vorläufige Aufhebung der doppelten Besteuerung vorsieht, und 4. das Abkommen von Weizsäcker, das am 10. Juli 1923 abgeschlossen wurde und eine Reihe von Ausführungsbestimmungen für den deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien enthält.

Hilfsexpedition für Amundsen.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 29. Mai. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Neuyork: Das Hilfskomitee für Amundsen hat am ersten Tage der öffentlichen Sammlung 465 000 Dollar zusammengebracht. Am Sonnabend werden voraussichtlich drei Flieger, darunter der bekannte Weltflieger Smith, an Bord des Dampfers „Navarra“ nach Spitzbergen abreisen, um von dort im Flugzeuge auf die Suche nach Amundsen zu gehen.

Die Instruktionen Amundsens.

Neuyork, 29. Mai. Die „World“ erhält einen Funk-spruch von der „Gram“, der besagt, daß gestern an die Mannschaft beider Begleiterschiffe Instruktionen Amundsens ausgegeben wurden. Danach sollen „Gram“ und „Hoppy“ vierzehn Tage bei Danes-Insel und Amsterdam-Inseln warten, dann nordwärts fahren und vier Wochen an der Eisgrenze kreuzen. Der Funkpruch erklärt, aus dem Dokument geht hervor, daß Amundsen beim Antritt seines Fluges mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet habe und zwar deswegen, weil er annahm, das Benzin könne ihm an der Eisgrenze ausgehen.

Ernstliche Unruhen in Tsingtau.

Berlin, 29. Mai. Die „Völkische Zeitung“ meldet aus Neuyork: In Tsingtau sind Unruhen ausgebrochen, die die japanische Regierung veranlaßten, Zerstörer von Port Arthur und Polizeitruppen dorthin zu entsenden. Die Unruhen haben ihre Ursache in Streiks in den japanischen Spinnereien. Arbeiter und Angestellte sollen die Fabriken besetzt und mit Beschlag belegt haben. Die Lage wird als äußerst bedrohlich bezeichnet.

Gesler über die Reichswehr.

(68. Sitzung.) CB. Berlin, 28. Mai.

Der Reichstag holte zunächst einige bei der Beratung des Landwirtschaftsetats zurückgehaltene Bestimmungen nach. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach aus den Überschüssen der Reichsgetreidekasse 5 Millionen für Zwecke der Kindererziehung verwendet werden sollen. Dann wurde die zweite Beratung des

Etat des Reichswehrministeriums

fortgesetzt. Reichswehrminister Dr. Gesler ging dabei zunächst auf die Kritik ein, die an der Höhe der Ausgaben für die Reichswehr geübt worden sei. Wenn man die Kosten vermindern wolle, so meinte der Minister, so muß man entweder unter das heruntergehen, was selbst die Entente als notwendig für Deutschland betrachtet hätte, oder man muß bei den einzelnen Ziffern nachweisen, daß zuviel gezahlt wird. Schon jetzt macht es die größten Schwierigkeiten, angesichts der verminderten Ausschüsse des Offizierberufes tüchtige Offiziere bei der Reichswehr zu halten, vor allem vermögenslose Offiziere. Die große Zahl der bemängelten Chargen erkläre sich sehr einfach aus den besonderen Verhältnissen der Reichswehr im Gegensatz zum alten Heere. Wenn ein Mann 12 Jahre in der Reichswehr diene, dann solle er natürlich nach einer gewissen Zeit befördert werden. In der Ausristung werde wirklich kein übermäßiger Aufwand getrieben. Die Hauptaufgabe der deutschen Reichswehr sei der Schutz der deutschen Grenzen.

Die deutsche Politik sei friedfertig. Deutschland sei gern bereit, mit der Entente Sicherheitsvereinbarungen für den gegenseitigen Schutz der Grenzen abzuschließen. Solange das nicht geschehe, habe der Reichswehrminister die Verpflichtung, mit der Reichswehr dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht zum Kampfplatz oder zur Etappe fremder Heere wird. (Lebhafte Beifall.) Das Gerücht von einem neuen russischen Rückzug sei lächerlich. Ein Volk, das heimlich rücken wolle, müsse anders aussehen als das deutsche. Das

deutsche sei viel zu arm und zu schwachhaft. Die Franzosen müßten militärische Spielereien mit ersten militärischen Rüstungen verwechseln. Es sei richtig, daß die Reichswehr im Herbst 1923 Freiwillige eingestellt und die total erschöpfte Rekrutierung bis zu der durch den Versailler Vertrag gegebenen Grenze ergänzt habe. Wie wenig geheim das gewesen sei, geht daraus hervor, daß er damals im Kabinett beantragt habe, diese Dinge offiziell der Entente mitzuteilen. Dieser Antrag sei leider nicht angenommen worden. Er hätte nichts gegen einen vernünftigen Pazifismus. Die große Heeresvorlage in Frankreich, die weit über das frühere deutsche Hindenburg-Programm hinausginge, sei von Herriot und seinem Linkskollegen gemacht worden. Deutschland würde ehrlieh an jedem System der Abrüstung und Vertheidigung mitarbeiten, aber

das Opfer der deutschen Freiheit dürfe keiner fordern. Die früheren Verschuldigungen von schwarzer Reichswehr hätten sich sämtlich als haltlos ergeben. Zu den Angriffen gegen das Offizierkorps könne er nur aufrichtig versichern, das deutsche Heer, wie es stehe, sei ein Heer der Republik. Das alte Offizierkorps habe sich mit großem Pflichtgefühl der Republik für die Neugestaltung des Heeres zur Verfügung gestellt. Wenn die Sozialdemokraten beantragten, sein Gehalt zu streichen, so versetze er das. Er würde ebenso handeln, wenn er an ihrer Stelle stände. Er wehre sich aber gegen die Behauptung, daß es während seiner fünfjährigen Amtstätigkeit mit der Reichswehr schlechter geworden wäre als vorher. Er trage das Leid des Kollegen Trotzki in Rußland gern mit. Auch er würd gern seiner unbankrotten Stelle enthoben sein. Trotzki habe nur in Rußland wiedergebort. Wenn sie ihn einmal los seien, kriegen sie ihn nie wieder.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) forderte bessere Versorgungsmaßnahmen für die aus der Reichswehr nach zwölf Jahren ausscheidenden Soldaten. Der Abgeordnete meinte weiter, die deutsche Marine dürfe nicht vernachlässigt werden, vor allem zum Schutze des Auslandsdeutschtums und mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ostsee.

Abg. Solbi (Waver. Vp.) bedauerte, daß der Druck der Entente, die Rückkehr zu den Idealen des alten Volksherees mit der allgemeinen Wehrpflicht zu verbinden. Das Fehlen dieses Erziehungsinstrumentes mache es notwendig, auf andere Weise die Jugend zu erziehen.

Abg. von Namin (Völk.) erklärte, daß seine Partei den Heeresetat annehmen würde, allerdings nicht etwa um des Reichswehrministers willen, sondern, weil die Völkischen Anhänger des Wehrgedankens seien. Die deutsche Liga für Wehrrechte sollte den Militarismus da bekämpfen, wo fremder Militarismus das Deutschland zu verewaltigen suche. Es schloß die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung erklärte u. a. ein Vertreter des Reichswehrministeriums, das Ministerium bemühe sich durch besondere Fürsorge, Offiziere auf allen gangbaren Wegen ebenso wie die auscheidenden Reichswehrangehörigen als Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft unterzubringen.